

BESCHLUSS

**des 70. Ord. Bundesparteitags der FDP, Berlin, 26. bis 28. April 2019
(vorbehaltlich der Überprüfung des Wortprotokolls)**

Liberale Klimapolitik

I. Grundsätze liberaler Klimapolitik

Die Geschwindigkeit der gegenwärtigen Klimaveränderungen weist im Vergleich zu den in den erdgeschichtlichen Epochen aufgetretenen eine neue Qualität auf. Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler verschiedener Disziplinen sehen die Erde auch insoweit längst im Anthropozän, also in dem Zeitalter, in dem der Mensch zu einem entscheidenden Faktor geworden ist, der Natur und Umwelt verändert. Aus unserer Sicht folgt daraus die Verantwortung, dafür zu sorgen, dass wir nachfolgenden Generationen einen intakten Planeten hinterlassen und deshalb Umwelt und Natur vor irreversiblen Schäden bewahren. Für uns Freie Demokraten als Anwalt für Generationengerechtigkeit ist deshalb klar: Klimaschutz ist eine zentrale Menschheitsaufgabe in diesem Jahrhundert.

Die Staatengemeinschaft hat darauf zuletzt mit dem Pariser Abkommen von 2015 reagiert. Wir Freie Demokraten bekennen uns ausdrücklich zu dem Ziel aus dem Pariser Abkommen, die Erderwärmung auf maximal 2, besser 1,5 Grad Celsius, zu begrenzen. Die daraus resultierenden Ziele zur Reduktion des CO₂-Ausstoßes¹ sind verbindlich. Aus liberaler Sicht gilt es daher, Wege zu einer gesellschaftlichen und wirtschaftlichen Entwicklung zu beschreiten, welche die Menschen mitnimmt, ihrer Lebenswirklichkeit gerecht wird und Chancen eröffnet. Nur in der intelligenten Verzahnung von Ökologie und Ökonomie findet diese Transformation nachhaltigen Rückhalt in der Bevölkerung und kann gelingen. Ziel unserer liberalen Klimapolitik ist es, das Wirtschaftswachstum vom Treibhausgas-Ausstoß zu entkoppeln und mit neuen Technologien auch den Menschen in den Schwellen- und Entwicklungsländern die faire Chance zu eröffnen, auf klimafreundliche Weise weiter nach Wachstum und Wohlstand zu streben.

Freiheit als oberstes Ziel der Liberalen erschöpft sich nicht im Hier und Heute, sondern verlangt weltweit und für alle künftigen Generationen Einsatz. Unserem liberalen Ansatz der Lebenschancen entsprechend, richtet sich unsere Politik am Capability-Approach aus, der „gutes Leben“ als ein in Freiheit selbst verantwortetes Leben begreift und damit über alle Kulturen hinweg zur Leitidee des Human Development Index der Vereinten Nationen geworden ist. Nachhaltige Entwicklung im liberalen

¹ Und des Ausstoßes weiterer Treibhausgase, die hier aufgrund des allgemeinen Sprachgebrauchs unter dem Begriff „CO₂“ zusammengefasst werden.

Sinne heißt daher: Durch Fairness und Entwicklungsmöglichkeiten für jeden einen starken freiheitlichen Rechtsstaat, eine wehrhafte demokratische Grundordnung, eine zukunftsfähige Infrastruktur, ein hohes Bildungs- und Technologieniveau, geringe Verschuldung, möglichst geringe soziale Konflikte und natürlich auch möglichst geringe Altlasten in ökologischer Hinsicht zu hinterlassen. Denn diese schränken die Handlungsmöglichkeiten und damit die Chancen künftiger Generationen ein. Deswegen stehen wir sowohl für die Reduktion der Treibhausgasemissionen als auch für eine starke und kluge Strategie zur Anpassung an die Veränderungen für Produktion, Konsum und global verantwortliches Zusammenleben. Mit einer solchen Strategie müssen wir heute beginnen, hier in Deutschland, in der EU, aber insbesondere auch weltweit. So ist zum Beispiel eine saubere, sichere und kostengünstige Energieversorgung unserer industriell geprägten Volkswirtschaft für uns Freie Demokraten unabdingbar. Ebenso müssen klimarelevante Aspekte von Meeren und Ozeanen sowie verstärkter Küstenschutz miteinbezogen werden. Dabei ist sicherzustellen, dass die Klimapolitik nicht durch Regierungskommissionen und ähnliche demokratisch nicht legitimierte Gremien wie beispielsweise einem „Klimarat“ entparlamentarisiert und die Entscheidungen des Bundestags aus einer vermeintlich höheren moralischen Position heraus vorgeprägt werden.

Das Klima der Erde ist ein sehr komplexes System, das von vielen Faktoren beeinflusst wird und dessen Entwicklung nur schwer vorausgesagt werden kann. Jeglichen Versuchen, die Schreckensszenarien des Klimawandels zu instrumentalisieren und Ängste zu schüren, um gesellschaftspolitische ideologische Ziele durchzusetzen, erteilen wir Freie Demokraten eine klare Absage. Niemand kann heute schon genau wissen, welchen Verlauf der Klimawandel nimmt und welche Antworten er morgen erfordert. Für uns ist der Klimawandel stattdessen ein gesellschaftliches Lernprogramm, in dem wir uns über Klimaveränderungen und die Konsequenzen von Klima-Innovationen in Wissenschaft, Wirtschaft und Politik fortlaufend verständigen wollen. Denn im Verlauf des Klimawandels erwarten wir eine Auseinandersetzung über fundamentale Fragen verantworteter Freiheit, zum Beispiel darüber, wie wir die Effektivität von Maßnahmen überhaupt beurteilen können, wie wir weltweit und in Bezug auf Europas Küsten Lasten im Interesse eines freiheitlichen und friedlichen Miteinander teilen, wie wir die Durchsetzung weltweiten Rechts und wirksamer Verträge gewährleisten, oder welche solidarischen Leistungen wir Menschen schuldig sind, die durch den Klimawandel ihr Eigentum verlieren oder fliehen.

Besserwisserei in Klimafragen, insbesondere der moralischen Sorte, ist dabei genauso eine Anmaßung wie es die Behauptung ist, wir wüssten noch zu wenig, um entschieden gegen den menschengemachten Klimawandel zu handeln. Klima-Fragen erfordern einen von Vernunft und Fakten, von Augenmaß und Verantwortung bestimmten Such-, Lern- und Gestaltungsprozess mit vielfältigen Zentren. Zentrum der Entscheidung bleiben selbstverständlich die Herzkammern unserer lernenden Demokratie: die demokratisch gewählten Parlamente.

Wir Freie Demokraten wollen eine Politik gestalten, die Klimaschutz durch das Vertrauen auf technologischen Fortschritt und dem Wohlstand einer innovativen, leistungsfähigen und modernen Industriegesellschaft in Einklang bringt. Wir richten den Blick auch auf die sozialen Folgen überzogener Umweltschutzmaßnahmen. Wir wollen bei den zu erwartenden gesellschaftlichen Einschnitten die Belastungen so gerecht wie möglich verteilen und die notwendigen politischen Entscheidungen für jeden nachvollziehbar machen. Wir wenden uns gegen jede Form von Verbots- und Sanktionspolitik mit moralischem Zeigefinger, mit der man gesellschaftliches Verhalten nicht verändern kann. An die

Stelle bloßer Symbolpolitik setzen wir eine nachhaltige Klimaschutzpolitik mit dem Ziel der Verhältnismäßigkeit und Sozialverträglichkeit. Diese Politik setzen wir Freie Demokraten der aktuell oft pessimistischen, fortschritts- und wachstumsfeindlichen Erzählung, die die klimapolitische Debatte in Deutschland noch beherrscht, entgegen. Statt symbolpolitisch aufgeladene Debatten über die Laufzeit einzelner Kraftwerke zu führen, wollen wir unsere Industrie fit für den Export klimafreundlicher Technologien in alle Welt machen und leisten so einen tatsächlich relevanten Beitrag zum globalen Klimaschutz.

Für uns Freie Demokraten steht fest: Wir brauchen endlich einen produktiven Streit um das „wie“ der Klimaschutzpolitik. Denn die Frage des „ob“ darf sich nicht mehr stellen, auch wenn dieser Eindruck immer wieder erzeugt wird. Um unsere wirtschafts- und umweltpolitischen Ziele zu erreichen, gehen wir einen anderen Weg als alle anderen Parteien. Wir setzen konsequent auf Kreativität, Markt und marktwirtschaftliche Instrumente gerade auch in der Klima- und Energiepolitik. Wir legen uns dabei nicht auf bestimmte Technologie-Konzepte fest, sondern sind offen für neue Technologien, die sich in einem fairen Wettbewerb behaupten müssen. Digitalisierung und künstliche Intelligenz werden künftig gerade auch in der Umwelt- und Energiepolitik völlig neue Dimensionen eröffnen. Der technische Fortschritt bietet heute vielfach noch ungeahnte Chancen für die Energieeffizienz, die Erzeugung von sauberer, preiswerter Energie und damit für die nachhaltige Verringerung von CO₂-Emissionen. Mit einem marktwirtschaftlichen Ordnungsrahmen, in dem der CO₂-Preis als zentrale Steuergröße in allen Wirtschaftssektoren mit relevanten CO₂-Emissionen wirkt, entstehen neue Impulse und neue Geschäftsmodelle. Wir setzen auf Technikerinnen und Ingenieure, Unternehmer und Start-Ups, die diese Chancen nutzen. Sie bringen den Klimaschutz in Deutschland wieder voran und sorgen zugleich für neue Wertschöpfung und neue Beschäftigungschancen. Wir Freien Demokraten wollen eine kluge Klimapolitik, die die eingesetzten Mittel effizient ausnutzt, und wir wollen diesem Zusammenhang eine faire Energiepolitik, die nicht einseitig gegen die Interessen der unmittelbar Betroffenen sowie des Natur- und Landschaftsschutzes durchgedrückt wird.

II. Instrumente liberaler Klimapolitik

Alle notwendigen Klimaschutzmaßnahmen in Deutschland wären nutzlos, wenn sie nicht in eine international ausgerichtete Klimaschutzstrategie eingebettet würden. Der geringe Anteil Deutschlands an den globalen CO₂-Emissionen entbindet uns nicht von der Verantwortung, die wir als eine der größten Volkswirtschaften der Welt haben. Die Bemühungen und Ergebnisse in Deutschland werden weltweit registriert – positiv wie negativ. Daher ist es richtig, als gutes Beispiel mit einer ambitionierten und gleichzeitig vernünftigen Klimapolitik voranzugehen, statt in Aktionismus zu verfallen und unsere wirtschaftliche Stärke durch übereilte Entscheidungen in der Energie- und Industriepolitik leichtfertig aufs Spiel zu setzen. Eine ideologisch motivierte Klimaschutzpolitik, die zu De-Industrialisierung und Wohlstandsverlusten führt, droht gerade auf die aufstrebenden Schwellen- und Entwicklungsländer eine abschreckende Wirkung zu entfalten. Im Ergebnis stünde eine stärkere Reduktion der Treibhausgasemissionen in Deutschland mit global negativen Folgen für das Klima. Zugleich muss Klimaschutzpolitik ehrlich bleiben, um erfolgreich zu sein. Klimaschutzmaßnahmen betreffen natürlich den individuellen Lebenswandel, insbesondere wenn beispielsweise die CO₂-Bepreisung dazu führt, dass einzelne Konsumgüter, Mobilitäts- oder Dienstleistungen teurer werden. Klimaschutzmaßnahmen müssen aber zugleich kompatibel mit dem modernen Leben sein. Dies wird nur gelingen, wenn wir auf technologischen Fortschritt und die Logik der Innovation setzen und nicht auf die

Logik des Verzichts. Andernfalls wird es keine weltweite Akzeptanz und kein global getragenes Vorgehen gegen den Klimawandel geben.

1. Emissionshandel: Mehr Klimaschutz für weniger Geld

Eine Klimapolitik, die es ernst meint und nicht als Deckmantel für eine wirtschaftspolitische Detailsteuerung fungiert, ist allein auf das Ziel ausgerichtet, die Treibhausgasemissionen in die Atmosphäre insgesamt zu verringern. An welcher Stelle das genau passiert, an welchem Ort und in welchem Wirtschaftsbereich, spielt für das Klima überhaupt keine Rolle. Um das zentrale Ziel einer wirksamen Emissionsreduzierung zu erreichen, steht ein großes Spektrum von umweltpolitischen Instrumenten zur Verfügung. Aber nur eines davon ist gleichermaßen wirtschaftlich und ökologisch effizient: der Handel mit Emissionszertifikaten, kurz der Emissionshandel. Aus diesem Grund setzen wir Freie Demokraten auf den Emissionshandel als zentrales Leitinstrument in der Klimapolitik. Der Emissionshandel funktioniert recht einfach. Jeder, der im Rahmen seiner wirtschaftlichen Tätigkeit eine bestimmte Menge CO₂ freisetzt, benötigt hierfür eine Lizenz, sprich ein Emissionszertifikat. Je mehr emittiert wird, umso mehr Zertifikate werden benötigt. Die politischen Entscheider legen fest, wie viel CO₂ in einem Jahr maximal emittiert werden darf und wie viele Zertifikate damit zur Verfügung stehen.

Der Preis der Lizenzen hängt von Angebot und Nachfrage ab. Durch den Börsenhandel mit den Lizenzen tritt der marktwirtschaftlich erwünschte Effekt ein, dass die CO₂-Emissionen genau dort vermieden werden, wo dies mit den geringsten Kosten möglich ist. Gleichzeitig wird mit Blick auf den Klimaschutz sichergestellt, dass nicht mehr CO₂ emittiert wird, als von der Politik festgelegt wurde. Bei diesem wird politisch bestimmt, wie viel Treibhausgase insgesamt emittiert werden dürfen, wie die Emissionsberechtigungen (in Form von Zertifikaten) ausgegeben und gehandelt werden und welche Sanktionen für Emissionen ohne entsprechende Zertifikate drohen. Dabei wird die Gesamtmenge an Zertifikaten jährlich automatisch verringert. Wir setzen uns für eine mutige Reduktionsquote von jährlich drei Prozent anstatt 2,2 Prozent ein. Der Anteil der Zertifikate, die sich derzeit in der Marktstabilitätsreserve befinden (aktuell 24 Prozent), soll zudem baldmöglichst erhöht werden. Der 2005 in der Europäischen Union und mittlerweile in vielen weiteren Regionen der Welt in ähnlicher Form eingeführte Emissionshandel ist das volkswirtschaftlich effizienteste Instrument, um den Treibhausgas-Ausstoß zu begrenzen. Er entspricht dem Prinzip der Sozialen Marktwirtschaft: Die Politik legt die Rahmenbedingungen in Form von Regeln fest und beschränkt sich danach auf ihre Rolle als neutraler Schiedsrichter. Deshalb ist das Instrument der Emissionszertifikate auch dem Instrument einer CO₂-Steuer überlegen, bei der es für den Gesamtumfang der Emissionen allenfalls Schätzwerte geben kann.

Der Emissionshandel ist kein Selbstzweck, sondern dient der Treibhausgas-Reduktion. Deshalb dürfen die Einnahmen aus dem Zertifikathandel auch nicht als willkommene weitere staatliche oder europäische Einnahmequelle dienen, sondern müssen zweckgebunden in klimapolitische Maßnahmen fließen. Dazu gehört neben der Forschungsförderung zur Entwicklung klimafreundlicher Technologien auch die Entlastung von Bürgern und Unternehmen als Ausgleich für Kostensteigerungen und soziale Härten sowie zum Schutz vor Nachteilen im internationalen Wettbewerb, die auf klimapolitische Maßnahmen zurückzuführen sind. Außerdem sollen Vorsorgemaßnahmen zur Anpassung an den Klimawandel mit den Einnahmen finanziert werden.

Momentan fallen jedoch nur rund 45 Prozent der europäischen Treibhausgasemissionen unter das EU-Emissionshandelssystem (EU-ETS), da an diesem lediglich die Energiewirtschaft und Teile der Industrie teilnehmen. Die in diesen Sektoren im Vergleich zum „Non-ETS-Bereich“ weit überdurchschnittlich stark gesunkenen Emissionen belegen die Wirksamkeit des Systems. Daher sollte der EU-ETS nach Ansicht von uns Freien Demokraten schnellstmöglich auf alle Sektoren ausgeweitet werden, darunter auch die Land- und Forstwirtschaft, sowie der Verkehrssektor. Dieses Vorhaben muss in der nächsten Legislaturperiode des Europäischen Parlaments Priorität haben. Insbesondere ist auch die Bundesregierung aufgefordert, sich für dieses Ziel einzusetzen. Auf dem Weg dahin muss Deutschland vorangehen. Wenn sich eine europaweite Ausweitung des Emissionshandels verzögert, sollte Deutschland in einem ersten Schritt zumindest national eine Ausweitung auf alle Sektoren umsetzen. Ist dieser Schritt erfolgt, muss konsequenterweise die jährliche Reduktion der Zertifikate entsprechend an die Ziele aus dem Pariser Abkommen angepasst werden. Damit wird dieses zielgenau erreicht. Durch diese Maßnahme bekämen Treibhausgase einen einheitlichen Preis und die Emissionen innerhalb des politisch vorgegebenen Rahmens würden dort gesenkt werden, wo dies am kostengünstigsten möglich ist. Denn nur der Emissionshandel vereint effektiven Klimaschutz mit ökonomischer Effizienz. Detaillierte CO₂-Einsparziele für einzelne Wirtschaftsbereiche sowie jede Untergliederung des Gesamtreduktionsziels, wie sie die Bundesregierung im Klimaschutzplan 2050 festgeschrieben hat, schränken die Flexibilität des Emissionshandels-Systems ein, machen Klimaschutz und die Zielerreichung unnötig teuer und bürokratischer. Keinesfalls dürfen derartige Ziele gesetzlich vorgegeschrieben oder gar einklagbar werden.

Im Verkehr sowie im Bereich Gebäude/Wärme ist die Einführung des Emissionshandels unkompliziert und vor allem unbürokratisch auf der ersten Handelsebene möglich: Der Erstverkäufer eines Kraftstoffes, beispielsweise eine Öl-Raffinerie, muss den CO₂-Ausstoß jedes Liters durch eine entsprechende Berechtigung nachweisen. Ziel muss zumindest die Einbindung aller durch Verbrennungsvorgänge verursachte CO₂-Emissionen in den Emissionshandel sein.

Die in diesem Zuge erfolgende Ausweitung der Gesamtmenge verhindert einen plötzlichen Anstieg der Zertifikatspreise. Dadurch ist sichergestellt, dass individuelle Mobilität auch für Menschen mit geringen Einkommen weiterhin bezahlbar bleibt. Dass dies nicht zu signifikant sinkenden Emissionen im Verkehrssektor führen wird, ist aufgrund der hohen CO₂-Vermeidungskosten in diesem Bereich ein gewünschter Effekt. Da Treibhausgase nicht dort eingespart werden sollten, wo es gerade politisch opportun erscheint, sondern konsequent dort, wo es am kostengünstigsten möglich ist, leistet der Verkehr seinen Beitrag zum Klimaschutz zunächst sinnvollerweise durch den Kauf von Zertifikaten. Die Menge der Emissionsrechte ist gemäß den Pariser Klimaschutzverpflichtungen hin zu einer CO₂-neutralen Wirtschaft kontinuierlich, vorhersehbar und konsequent zu verringern. Da die kontinuierliche Verknappung der Zertifikate tendenziell zu steigenden Preisen führt, wollen wir Freie Demokraten die durch die vergrößerte Zertifikatsmenge zusätzlich generierten Einnahmen nutzen, um die Bürgerinnen und Bürger an anderer Stelle zu entlasten. Wir wollen das EEG und die EEG-Umlage auslaufen lassen sowie die Stromsteuer, die unabhängig von der Erzeugungsart und damit der Umweltwirkung erhoben wird, auf den niedrigsten nach aktuellem EU-Recht möglichen Satz absenken und so bald wie möglich komplett streichen. Außerdem halten wir die Abschaffung des Erdölbevorratungsbeitrags (EBB) für sinnvoll. Darüber hinaus wollen wir Aufkommensneutralität durch die Rückzahlung eines jährlich zu berechnenden pauschalen Betrags an jeden Bürger gewährleisten – eine Forderung, die dem von den Freien Demokraten schon in den Freiburger Thesen formulierten Verursacherprinzip entspricht.

Um zu verhindern, dass Unternehmen im internationalen Wettbewerb ihre Produktion und damit auch ihre Emissionen auf Grund des CO₂-Preises ins Ausland verlagern (Carbon Leakage), wollen wir außerdem die Strompreiskompensation ebenso wie die kostenlose Zuteilung von Zertifikaten an diese Unternehmen langfristig festschreiben, um Planungssicherheit zu schaffen, die derzeit leider fehlt. Durch ein Investitionsprogramm in Forschung und Entwicklung soll die Industrie außerdem befähigt werden, Emissionen und damit Kosten durch technologischen Fortschritt zu vermeiden (siehe 3.).

Nationale Alleingänge wie eine CO₂-Steuer lehnen wir ab. Eine solche Steuer würde das Ziel eines einheitlichen CO₂-Preises konterkarieren und wäre in ihrer Wirkung aufgrund der fehlenden Mengensteuerung höchst spekulativ. Der Emissionshandel ist dagegen ein präzises Instrument, um die Emissionen in gewünschtem Maße zu senken. Für das Klima ist zunächst unerheblich, wie teuer eine Tonne CO₂ ist. Relevant ist lediglich, dass die Gesamtmenge an Emissionen sinkt. Zur Bemessung der Gesamtmenge an Emissionen wäre darüber hinaus nicht nur der Verbrauch, sondern ebenfalls die bei Herstellung und Rückbau, Verschrottung oder Recycling anfallenden CO₂-Emissionen gemäß der IPCC-Standards in die Gesamtbilanz mit einzubeziehen. Eine CO₂-Besteuerung zielt also am wesentlichen Punkt vorbei.

Nach dem Beschluss zur Lastenteilung (Effort Sharing) ist jeder EU-Mitgliedstaat verpflichtet, die Emissionen in den Sektoren außerhalb des EU-ETS in einem festgelegten Ausmaß zu reduzieren. Für Deutschland bedeutet das, einen bis 2020 um 14 Prozent und bis 2030 um 38 Prozent geringeren THG-Ausstoß als im Basisjahr 2005 zu erreichen. Schon heute steht fest, dass das nationale Ziel für 2020 in Deutschland deutlich verfehlt wird. In der Konsequenz müssen schätzungsweise zwischen 500 Millionen und 1,2 Milliarden Euro ungenutzter Emissionsrechte anderer Länder gekauft werden. Im Gegensatz zum EU-ETS findet hier also eine Art zwischenstaatlicher Emissionshandel statt, der nicht die eigentlichen Verursacher der Emissionen belastet, sondern die Steuerzahlerinnen und Steuerzahler. Dies bleibt noch dazu ohne jeden Nutzen für das Klima, da die Bundesregierung die Emissionsrechte zum Ausgleich der verfehlten Ziele erst nach 2020 kauft, wodurch diese keinerlei Emissionsreduktionen mehr generieren können, sondern andere Staaten lediglich für vergangene Minderungen belohnen.

Bis 2030 droht somit ein unkalkulierbares Haushaltsrisiko. Derzeitige Schätzungen gehen von bis zu 60 Milliarden Euro aus. Wir Freie Demokraten halten es für einen unverantwortlichen Umgang mit dem Geld der Bürgerinnen und Bürger, dieses Risiko hinzunehmen, abzuwarten und zu hoffen, dass die Summe schlussendlich vielleicht geringer ausfällt. Deshalb wollen wir die ausdrücklich vorgesehene Möglichkeit nutzen, die nationalen Verpflichtungen aus der Lastenteilungsentscheidung durch die schnellstmögliche Ausweitung des EU-Emissionshandels nach Art. 24 der Emissionshandelsrichtlinie auf den deutschen Verkehrs- und den Gebäude-/Wärmesektor künftig deutlich besser einzuhalten.

Zudem ist es notwendig, so bald wie möglich die unterschiedlichen, in anderen Teilen der Welt bereits existierende Systeme mit dem EU-ETS zu verbinden. Ein einheitlicher oder ein mehrere Systeme miteinander verknüpfender Emissionshandel sorgt für eine größere Stabilität und ist ein großer Schritt in Richtung eines echten internationalen CO₂-Preises. Deutschland sollte sich aktiv einbringen, um die technischen Voraussetzungen für eine solche Verknüpfung, beispielsweise auf Grundlage

der Blockchain-Technologie, zu schaffen. Ineffiziente und protektionistische Maßnahmen wie die teilweise diskutierten Importzölle auf den CO₂-Anteil von Handelsgütern wären dann endgültig obsolet. Unser Ziel eines globalen Emissionshandels ist auch aus entwicklungspolitischer Sicht sinnvoll. So könnten etwa Staaten ohne nennenswerte Treibhausgasmissionen ihre Zertifikate verkaufen und das Geld in Maßnahmen zum Schutz vor den Folgen des Klimawandels investieren.

2. Gegen Denkverbote in der Klimapolitik: Technologieneutralität für größtmögliche Effizienz

Wir Freie Demokraten maßen uns nicht an, mehr Wissen über künftige wirtschaftliche Entwicklungen und neue Technologien zu haben als andere. Und wir wehren uns gegen politische Wettbewerber in allen Parteien und gegen Behördenvertreter, die dies von sich behaupten. Wir stellen auch fest, dass es offenbar ganz unterschiedliche Wege gibt, die zum gleichen CO₂-Einsparungsziel führen, aber extrem unterschiedliche Auswirkungen auf den mittel- und langfristigen Strom-, Gas- und Kraftstoffbedarf haben. Unverzichtbare Voraussetzung für eine marktwirtschaftlich orientierte Klimapolitik ist daher Technologieneutralität. Wir Freie Demokraten maßen uns das Wissen nicht an, technologische Entwicklungen der nächsten 30 Jahre voraussehen zu können. Wer sich jetzt schon auf eine Technologie festlegt, läuft Gefahr, andere, möglicherweise bessere Innovationen auszubremsen. Schließlich soll die Notwendigkeit, Treibhausgase einzusparen, Anreize für kreative Ideen und Lösungen schaffen. Der Wettbewerb ist das beste Entdeckungsverfahren für neue Technologien und darf daher nicht durch unverhältnismäßige Regulierung und Verbote eingeschränkt werden. Für Planwirtschaft und Innovationslenkung ist hier kein Platz. Allein der Wettbewerb um die kostengünstigsten und umweltfreundlichsten Technologien schafft zukunftsfähige Lösungen. Starre politische Vorgaben führen ganz schnell zu falschen Weichenstellungen. Die Auswirkungen sind dann fatal.

So wächst beispielsweise die Erkenntnis, dass die vielfach geforderte umfassende Elektrifizierung aller Lebensbereiche ein Irrweg sein könnte. Als bessere Alternative bietet sich ein diversifizierter Mix von Energieträgern an, der nicht alles auf die Karte „Strom“ setzt. Dies schließt die Weiterentwicklung der Wasserstofftechnologie mit Brennstoffzellen ein. Weitere zukunftsfähige Alternativen sind das sog. grüne Gas, Methangas als Brennstoff zur Wärme- und Stromerzeugung in Haushalten und Kraftwerken und als Rohstoff in der Chemie und nicht zuletzt synthetische Kraftstoffe. Gerade für Ferntransporte eignen sich z.B. synthetische Kraftstoffe wesentlich besser als schwere Batterien. Damit werden auch Forderungen nach einem Verbot von Dieselmotoren oder Verbrennungsmotoren insgesamt hinfällig. Die damit verbundene faktische Verbraucher-Enteignung sowie die existentielle Gefährdung eines starken Industriezweigs mit allen seinen Arbeitsplätzen und Entwicklungsmöglichkeiten ist willkürlicher Aktionismus. Auch der Ausbau der Windkraft an Land, der in Deutschland immer häufiger an Grenzen der Akzeptanz stößt und zu immensen technischen Herausforderungen führen wird, wenn die Stromversorgung zu einem sehr hohen Teil von der Windkraft abhängen würde, kann durch einen breiteren Technologiemix in einem vernünftigen Rahmen gehalten werden.

Wir Freie Demokraten lehnen deshalb die Tabuisierung und Dämonisierung von einzelnen Technologien strikt ab. Wir wollen eine faktenorientierte Klimapolitik und keine ideologisierte Lenkung, bei der alles außer regenerativen Energieträgern als schädlich gebrandmarkt wird. Niemand kann wissen, ob neue wissenschaftliche Erkenntnisse die Neubewertung einer zunächst unerwünschten Technologie erforderlich machen. Auch Subventionen dürfen den Markt nicht verzerren. Eine Förderung von Forschung und Entwicklung bis hin zur Marktreife ist allerdings oft notwendig. In diesem Sinne stehen wir neuen Technologien immer erst offen und positiv gegenüber.

2.a Ein Höchstmaß an Energieeffizienz

Für uns Freie Demokraten hat Energieeffizienz einen sehr hohen Stellenwert, denn die Erhöhung der Energieeffizienz ist der Schlüssel, um die Klimaziele zu erreichen. Jede Kilowattstunde, die eingespart wird, verursacht keine Kosten, beansprucht keine Ressourcen und emittiert kein CO₂.

Die effiziente Nutzung von Energie liegt im wirtschaftlichen Interesse jedes Unternehmens und jedes Verbrauchers. Die Preise für die Energie sind dabei der wesentliche Anreiz zu einem sparsamen Energieeinsatz und zu Investitionen in Energieeffizienz. Welche Investitionen wirtschaftlich sind, können Verbraucher, Gewerbe und Industrie, die ja auch alle Risiken tragen, selbst am besten beurteilen.

Klar ist auch: Die Effizienzmaßnahmen müssen sich wirtschaftlich rechnen. Das zahlt sich in gleicher Weise für die Umwelt aus. Der größte positive Effekt für die Umwelt wird erzielt, wenn die wirtschaftlichsten Investitionen zuerst durchgeführt werden. Das setzt staatlichen Eingriffen zur Steigerung der Energieeffizienz klare Grenzen.

Wir Freie Demokraten fordern: Private Haushalte, Immobilienbesitzer und Unternehmen müssen über ihre Investitionen zur Erhöhung der Energieeffizienz frei entscheiden können.

3. Einnahmen in wirksamen Klimaschutz und (Sprung-)Innovationen investieren

Der Energie- und Klimafonds (EKF) im Bundeshaushalt umfasst jährlich rund sechs Milliarden Euro aus der Versteigerung der Zertifikate im EU-Emissionshandel und einem Haushaltszuschuss. Angesichts voraussichtlich steigender Zertifikatspreise ist künftig mit einem steigenden Volumen zu rechnen. Wir Freie Demokraten halten es für sinnvoll, die zum Zwecke des Klimaschutzes generierten Einnahmen entsprechend zu verwenden und nicht in den allgemeinen Bundeshaushalt zu überführen. Derzeit werden die Mittel aus dem EKF zu wenig für die Förderung von (Sprung-)Innovationen genutzt. Wir Freie Demokraten wollen aus Mitteln des EKF ein Investitionsprogramm finanzieren, um Forschung und Entwicklung von Technologien insbesondere im Bereich der CO₂-Vermeidung, -Nutzung und -Speicherung zu unterstützen. Dadurch bestünde endlich auch für die Industrie, die einen erheblichen Teil der Einnahmen des EKF generiert, die Möglichkeit, von diesem Geld zu profitieren und in Maßnahmen zur Emissionsvermeidung oder -minderung zu investieren. Zudem muss die steuerliche Förderung der energetischen Gebäudesanierung endlich umgesetzt werden. Dazu sollten Industrie und Wissenschaft in einer gemeinsamen Initiative zur Umstellung auf eine treibhausgasneutrale Produktion zusammengebracht werden. Denn eine solche Initiative würde nicht nur die Wettbewerbsfähigkeit der deutschen Industrie stärken, sie könnte auch neue Märkte erschließen, wenn Deutschland Technologieführer bei Produktionsprozessen mit geringen Treibhausgasemissionen wird.

Gleiches gilt für Innovationen in den einzelnen Sektoren, wie beispielsweise die Erforschung von Flexibilität- und Speichertechnologien oder dezentralen urbanen Energielösungen. Investitionen in Innovationen sind auch hier sowohl zielführend mit Blick auf die Erreichung der Klimaschutzziele als auch sinnvoll mit Blick auf eine weiterhin führende Rolle bei der Entwicklung neuer Technologien. Und auch weitere zentrale Innovationsprojekte wie zum Beispiel eine bestenfalls europäische, in jedem Fall aber nationale „Innovationsplattform emissionsfreies Fliegen“ könnten aus den Mitteln des EKF zumindest unterstützt werden.

Die Entwicklungs- und die Klimapolitik sollten aber auch heute schon noch enger miteinander verknüpft werden. Investitionen in den Klimaschutz können nicht nur zur Treibhausgasreduktion beitragen, sondern in den Ländern des globalen Südens durch Technologietransfer auch zu einer positiven wirtschaftlichen Entwicklung führen. Unverzichtbarer Bestandteil der Entwicklungszusammenarbeit ist für uns Freie Demokraten, privates Engagement für Klimaschutzprojekte zu fördern aber auch durch die Förderung ganzer Wirtschaftssysteme zur Entkopplung von Wachstum und THG-Ausstoß beizutragen.

4. Mehr als nur ein Klimagas: Wege im Umgang mit CO₂

CO₂, das etwa in Industrieprozessen entsteht, muss nicht zwangsläufig in die Atmosphäre gelangen. Oberste Priorität haben Maßnahmen, die anfallenden Treibhausgase so weit wie möglich zu vermeiden. Maßnahmen zur Vermeidung stoßen jedoch in einigen Bereichen früher oder später an ihre physikalischen Grenzen. Und selbst dort, wo es möglich ist, wird eine Umstellung lange Zeit in Anspruch nehmen. Deswegen müssen andere Möglichkeiten im Umgang mit CO₂ genutzt werden, damit Klimaschutz nicht zur Vernichtung ganzer Industriezweige führt. Es ist allerdings auch gar nicht notwendig, die Industrie vollständig umzurüsten, denn CO₂ kann sowohl genutzt als auch gespeichert werden.

Der Bundesrechnungshof aber auch die meisten aktuellen Studien zeigen: Die Klimapolitik der Bundesregierung ist gescheitert. Ein Neustart ist notwendig. Nach Berechnungen des Umweltbundesamtes stagniert der Ausstoß von Treibhausgasen seit 2014. Die Ziele für 2020 sind nicht mehr zu erreichen. Seit 2009 ist der zuvor langjährige Trend abnehmender Treibhausgasemissionen gebrochen, obwohl der Anteil erneuerbarer Energien am Strommix auf über 36 Prozent gestiegen ist und die installierte Ökostromleistung bereits die aller Gas-, Kohle- und Kernkraftwerke übertrifft. Dem massiven Ausbau erneuerbarer Energien folgte keine signifikante Senkung der Treibhausgasemissionen, weil die spezifischen CO₂-Emissionen je verbrauchter Kilowattstunde (kWh) im Strommix seit 2010 nur noch marginal gesunken sind. Deutschland baut zwar mit großer Geschwindigkeit erneuerbare Energien im Stromsektor aus, der Klimaschutz profitiert davon aber kaum. Das ist auch deshalb nicht überraschend, weil Strom nur einen kleineren Teil des deutschen Gesamtenergieverbrauchs ausmacht. Der Hebel „Strom“ ist zu klein und technisch-physikalisch besonders anspruchsvoll. Die einseitige Fixierung auf die „Stromwende“ ist deshalb unvernünftig. Nur wenn in allen Sektoren, also auch im Bereich Gebäudeenergie, Mobilität und Industrie, Anreize wirken, kann Klimaschutz erfolgreich sein.

4.a CO₂ als Rohstoff in einer Kreislaufwirtschaft nutzen

Anfallendes CO₂ kann in vielen Fällen aus Abgasen abgeschieden und als Rohstoff genutzt werden (CCU; Carbon Capture and Usage). Durch CCU entsteht eine CO₂-Kreislaufwirtschaft, die industrielle Prozesse klimafreundlich macht. Enormes Potential haben außerdem CCU-Verfahren im Bereich „Power-to-X“ (PtX), in denen aus erneuerbarem Strom und CO₂ synthetische Gase, Wasserstoff oder auch flüssige Kraftstoffe erzeugt werden. Ein Beispiel ist die mögliche Nutzung synthetischer Kraftstoffe, sogenannter E-Fuels, im Verkehr. Der eindimensionale Fokus der Politik auf die E-Mobilität verkennt, dass es noch weitere Möglichkeiten gibt, den Verkehr klimafreundlicher zu machen. Über den Antriebsmix der Zukunft soll der Wettbewerb entscheiden. Neben grünem Wasserstoff und E-Gas können auch Diesel und Benzin, die aus erneuerbarem Strom und CO₂ hergestellt werden, wichtige Bausteine sein. Die Herstellung solcher E-Fuels steht derzeit noch am Anfang ihrer Entwicklung.

Um große Mengen zu produzieren, sind massive Investitionen in Forschung und Entwicklung notwendig. Außerdem müssen absurde regulatorische Hürden abgebaut werden. Anwender der Power-to-X-Verfahren dürfen nicht mehr als Endverbraucher im Sinne des EEG gelten und damit EEG-Umlage zahlen müssen. Denn dadurch wird PtX künstlich unrentabel. Klimaschutz muss beschleunigt werden, daher muss die Bundesregierung sich auf europäischer Ebene dafür einzusetzen, dass E-Fuels umgehend auf die Senkung des CO₂-Flottenverbrauchs angerechnet werden. Die neuen, CO₂-neutral erzeugten Kraftstoffe können als Beimischung bei bisherigen Treibstoffen eine sofortige Entlastung der CO₂-Belastung im Verkehrssektor mit sich bringen. Mit E-Fuels ist klimafreundlicher Verkehr möglich, ohne auf den Verbrennungsmotor verzichten zu müssen. Somit bleibt dem Verbraucher die Wahl seiner favorisierten Antriebstechnologie erhalten, die Automobilindustrie kann weiterhin Fahrzeuge mit Verbrennungsmotoren produzieren und die gesamte Tankinfrastruktur kann aufrechterhalten werden. Die finanzielle Förderung von Forschung und Entwicklung sollte an eine linear ansteigende Verpflichtung zur Beimischung synthetischer Kraftstoffe gekoppelt werden. Langfristiges Ziel ist der Verzicht auf fossile Kraftstoffe. Der hohe Strombedarf zur Erzeugung großer Mengen E-Fuels kann unter anderem durch die großflächige Nutzung der Solar- und Windenergie, insbesondere da wo dies weltweit am effizientesten möglich ist, gedeckt werden. Die Diversität der Antriebe verringert im Vergleich zur vollständigen Umstellung auf die Elektromobilität außerdem die Menge an zu entsorgenden Batterien sowie den Verbrauch nur begrenzt verfügbarer Rohstoffe wie Lithium und Kobalt, die häufig unter menschenrechtlich problematischen Bedingungen abgebaut werden.

4.b Für eine smarte Energieinfrastruktur

In einer Marktwirtschaft gibt es niemals absolute Planungssicherheit für Investoren. Das Beispiel der Öl- und Gas-Industrie und neuerdings auch einiger Offshore-Windprojekte zeigt, dass auch unter Planungsunsicherheit leistungsfähige Infrastrukturen aufgebaut werden. Vor diesem Hintergrund wollen wir Freien Demokraten Energieinfrastruktur neu denken.

Verbraucher, die von neuen Kraftwerken aus Erneuerbaren Energien Strom beziehen, dürfen nicht länger mit den höchsten Strompreisen bestraft werden. Es muss möglich sein, auf einer wirtschaftlich vernünftigen Basis regionale Cluster aus Stromproduzenten, Speicher- und Flexibilitätsanbietern und Verbrauchern zu bilden, insbesondere dann, wenn damit Kosten für den Netzausbau an anderer Stelle eingespart werden können. Wir setzen uns für Flexibilitätsmärkte ein. Die Entgeltstruktur für die Netze ist dahingehend zu ändern, dass sich Dienstleistungen zur Erhöhung der Flexibilität und Verhalten, das die Qualität und Stabilität der Netze erhöht, wirtschaftlich rechnen.

Power-to-X-Anlagen werden künftig ein wichtiges Kopplungselement zwischen den Wirtschaftssektoren und zwischen Energiearten sein. Die Erzeugung von Wärme- und Wasserstoff aus zeitweise überschüssigem Wind- und Solarstrom ist aber nur dann sinnvoll, wenn diese Anlagen wirtschaftlich betrieben werden können. Überschüssiger Windstrom darf dabei nicht durch Subventionen vergütet werden.

4.c Übergangstechnologie Gaskraftwerke

Wir Freie Demokraten erkennen an, dass aufgrund der Fehlentwicklungen in der deutschen Klima- und Energiepolitik dringender Handlungsbedarf besteht. Deshalb braucht es eine zügige Neuordnung des energie- und klimapolitischen Ordnungsrahmens.

Zu einer schnellen Reduzierung der Treibhausgase kann der Ersatz von Kohlestrom durch Gas einen enormen Beitrag leisten. Bei der Stromerzeugung durch Erdgas entsteht rund 60 Prozent weniger CO₂, als bei Braunkohleverstromung. Während sich der Brennstoffausnutzungsgrad von Erdgas seit 1990 von 39 auf rund 60 Prozent verbessert hat, stieg er bei Kohle nur um 5 Prozent.

Durch die Verstromung von klimaneutralem, synthetisch erzeugtem Gas und Biogas kann die CO₂-Bilanz von Gas verbessert werden. Die Anlagen sind grundlastfähig und können problemlos in das bestehende Stromsystem integriert werden.

Aufgrund schlechter wirtschaftlicher Rahmenbedingungen stehen viele moderne Gaskraftwerke derzeit still. Wir Freien Demokraten fordern deshalb die Regulierungsbedingungen so anzupassen, dass der wirtschaftliche Betrieb moderner Gaskraftwerke wieder möglich wird und Investitionen in neue Anlagen lohnen.

Anlagen wie Speicher oder Power-to-X-Systeme, die die Stabilität des Stromnetzes verbessern, sollen nicht länger als Endverbraucher eingestuft werden und damit sofort von der Zahlung der EEG-Umlage befreit werden, um damit den Anreiz zu Investitionen für solche Einrichtungen zu erhöhen.

4.d Potentiale der CO₂-Speicherung in Deutschland und weltweit nutzen

Auch CO₂, das weder vermieden noch genutzt werden kann, muss nicht zwangsläufig in die Atmosphäre gelangen. So hat CCS (Carbon dioxide Capture und Storage), also die Abscheidung und Speicherung von CO₂ in Pilotverfahren in Deutschland und beispielsweise auch in alten Ölquellen unter der Nordsee bewiesen, dass sie unter geeigneten Bedingungen unbedenklich ist. Es ist technisch und mit vertretbarem Risiko möglich, CO₂ aus Abgasen abzuscheiden und schließlich dort, wo die geologischen Voraussetzungen dafür gegeben sind, unterirdisch zu lagern. Deutschland ist in der Vergangenheit unter anderem durch erfolgreiche Modellprojekte in der Lausitz führend im Bereich der CCS-Technologie gewesen. Großbritannien plant unterstützt von der EU mit dem White-Rose-Projekt CO₂-Speicherung unter dem felsigen Grund der Nordsee. Aufgrund der leider vorhandenen Verunsicherung wollen wir zukünftige Vorhaben nur noch gemeinsam mit der Bevölkerung auf den Weg bringen. Wir Freie Demokraten sind jedoch überzeugt davon, dass Fehler der Vergangenheit korrigiert werden können und wollen die rechtlichen Rahmenbedingungen schaffen, um den Einsatz von CCS in der Industrie zu ermöglichen. Forschung und Entwicklung in diesem Bereich wollen wir aus den Mitteln des Energie- und Klimafonds fördern. Ein Einsatz in der Energiewirtschaft hingegen sehen wir aufgrund der zwar großen, aber dennoch begrenzten Speicherkapazitäten kritisch. Für die deutsche Industrie bietet sich die Chance, CO₂ und damit sehr viel Geld einzusparen – schließlich ist CO₂, das abgeschieden und gespeichert wird, ausdrücklich von der Zertifikatspflicht im EU-ETS befreit. Außerdem können CCS-Technologien zu einem neuen deutschen Exportschlager werden, der bei globalem Einsatz enormes Klimaschutz-Potential besitzt. Insbesondere Schwellen- und Entwicklungsländer könnten damit ihr weiterhin zu erwartendes und wünschenswertes Wachstum klimafreundlich gestalten. CCS und CCU hält auch der Weltklimarat für unverzichtbar. Deutsche und europäische Unternehmen sind in diesem technologischen Bereich führend. Eine Finanzierung dieser modernen Abscheidungstechnik auf nationaler oder europäischer Ebene hätte einen wesentlich größeren Klimaschutz-Effekt als viele kleinteilige und höchst kostspielige Maßnahmen in Europa.

4.e Für offene Leistungsmärkte im Stromsektor

Der deutsche Energiemarkt ist überreguliert, er enthält zu viele planwirtschaftliche Elemente und Strukturen. Auch hier täuschen staatliche Institutionen Wissen vor, das sie nicht haben.

Wir Freie Demokraten setzen uns für offene Leistungsmärkte ein. Deshalb sind wir gegen Kapazitätsmärkte und wollen die Kraftwerksreserve-Verordnung ersatzlos streichen. Zudem muss unterbunden werden, dass die Betreiber von Übertragungsnetzen unter Umgehung des Marktes Back-up-Kapazitäten kontrahieren können.

Wir Freie Demokraten wollen das Verursacherprinzip auch bei der Netzstabilität stärken. So muss jeder Stromlieferant sicherstellen, dass er zu jedem Zeitpunkt über genügend Leistung und Energie für die Belieferung seiner Kunden verfügt. In nur sehr geringem Umfang darf er sich darauf verlassen, dass der Netzbetreiber für ihn einspringt. Im Rahmen eines offenen Leistungsmarkts kann ein Stromanbieter dies zunächst einmal durch Eigeninvestitionen erreichen. Hierfür bieten sich beispielsweise Speicher oder Power-to-X-Systeme sowie Brennstoffzellen an. Der Stromanbieter kann aber auch Allianzen mit Anbietern von Last-Flexibilitäten eingehen. So entstehen neue Geschäftsmodelle wie Demand Side Management, Schwarmintelligenz mit virtuellen Kraftwerken zur Zusammenschaltung kleiner dezentraler Blockheizkraftwerke, Biomasseanlagen oder die Nutzung von Batterien aus Poolfahrzeugen in Ruhezeiten.

5. Wälder und Moore weltweit als CO₂-Senken nutzen

Ein weiterer wichtiger Baustein der internationalen Klimaschutzstrategie von uns Freien Demokraten sind Investitionen in die organische Speicherung von CO₂. Insbesondere das Potential von Bäumen und die Renaturierung von Mooren, die als natürliche Senken dienen, indem sie einen Teil des CO₂ aus der Luft speichern, wollen wir nutzen. Die bisherigen, multilateralen entwicklungspolitischen Initiativen mit dem Ziel, die fortdauernde, alarmierende Waldzerstörung und den Holz-Raubbau zu vermindern (REDD+) müssen verstärkt und durch neue, unkomplizierte Instrumente ergänzt werden. Damit würde eine wirtschaftliche Alternative zur landwirtschaftlichen Nutzung vor allem in den feuchten Tropen geschaffen, die bisher Treiber der Waldzerstörung ist. Ein weiterer Rückgang von Waldflächen ohne flächengleiche Kompensation kann sich die Menschheit nicht leisten und darf multilateral nicht weiter hingenommen werden. Da in Deutschland auf Grund der dichten Besiedelung und eines bereits heute sehr großen Waldanteils an der Gesamtfläche nur ein sehr begrenztes Potential besteht, müssen wir den Fokus auf weltweite Aufforstungs- und Renaturierungsprojekte legen. Dazu gehören auch Anpflanzungen von Mangroven, die vier Mal mehr CO₂ speichern können als unsere Wälder, und Seegrasswiesen. Gleichzeitig müssen wir der immer weiter voranschreitenden Zerstörung bestehender Ökosysteme entgegenwirken. Bei dieser Strategie muss sichergestellt werden, dass CO₂-Senken vor dem Hintergrund der eigenen Klimaschutzverpflichtungen von Entwicklungsländern etwa beim Waldschutz nicht doppelt gezählt werden.

6. Anreize für die Nutzung und die biologische CO₂-Speicherung schaffen

Während die Speicherung von CO₂ für Unternehmen durch die nicht benötigten ETS-Zertifikate einen finanziellen Anreiz bieten, sollten wir diesen auch für die biologische Speicherung und den Aufbau einer Kohlenstoffkreislaufwirtschaft schaffen: Wer künftig CO₂ in irgendeiner Form bindet – sei es organisch oder in der Herstellung neuer Produkte (CCU) – sollte dafür aus Mitteln der Zertifikatserlöse vergütet werden. Beispielsweise bieten Land- und Forstwirtschaft wie kein anderer Wirtschafts-

bereich die Chance, CO₂ organisch zu binden. Dem Produkt Holz gelingt dies bei entsprechender Kadennutzung sogar über viele Jahre. Erfolgreiche Land- und Forstwirtschaft bedeuten deswegen einen aktiven Beitrag zu effizientem Klimaschutz. Für den Gesamtkomplex CCU und CCS wollen wir Freie Demokraten ein Kohlenstoffkreislaufwirtschafts- und Speichergesetz schaffen und bestehende Gesetze und Verordnungen anpassen oder gegebenenfalls ersetzen.

7. Mut zum Geo-Engineering

Die Chancen, die das Geo-Engineering in den Blick nimmt, ohne die Risiken einzelner Technologien zu ignorieren, sind heute in weiten Teilen noch gar nicht oder nur in sehr kleinem Maße ausgeschöpft. Maßnahmen, die aber aktuell unter den weiten Begriff Geo-Engineering fallen, unterliegen in Deutschland bereits jetzt strenger Regulierung. Hier hat sich eine technologiefeindliche Haltung breitgemacht, der wir als Liberale eine mutige Politik entgegensetzen wollen. Die Bedeutung direkter CO₂-Abscheidungstechnologien, also dem sogenannten Carbon Direct Removal (CDR), mittels derer CO₂ der Atmosphäre direkt entzogen wird, hat der IPCC-Sonderbericht zum 1,5 Grad-Ziel im Herbst 2018 verdeutlicht: Ohne derartige Negativemissionstechnologien (NET) ist das Erreichen des Ziels ausgeschlossen. Daneben bieten allerdings auch organische Maßnahmen ein großes Potential – etwa die schnelle Aufzucht großer Mengen Algen durch Düngung. Algen sind leicht reproduzierbare und sehr potente CO₂-Speicher, die als Biomasse außerdem zur Energiegewinnung beitragen können. Die gezielte Düngung zum Zwecke des Klimaschutzes ist heute jedoch de facto verboten. Wir wollen Geo-Engineering ermöglichen und gleichzeitig in neue Richtungen denken: Man könnte beispielsweise darüber nachdenken, künstliche Seen in stillgelegten Braunkohletagebauen teilweise mit Hilfe künstlicher Düngung zur Aufzucht von Algen zu nutzen. Im Bereich des Geo-Engineerings muss Deutschland Spitzenreiter in Forschung und Entwicklung werden.

8. Anpassungen an den Klimawandel

Neben einer Begrenzung der Erderwärmung bedarf es einer erhöhten Anpassung an die nachteiligen Auswirkungen der unvermeidbaren Klimaänderungen. Dabei handelt es sich – anders als bei den Maßnahmen zur Vermeidung von Treibhausgasemissionen – um eine vorwiegend national und regional zu bewältigende Aufgabe. Angesichts des Umstandes, dass die Szenarien bezüglich der Auswirkungen der Klimaveränderungen ein hohes Maß an Unsicherheiten aufweisen, dürfen sie aber nur sehr eingeschränkt als Grundlage für Maßnahmen in der Gegenwart dienen, da die Gefahr für Fehlallokationen und letztlich ungerechtfertigte Eingriffe in die Rechte von Bürgerinnen und Bürger sehr groß ist. Gleichwohl können die Szenarien angesichts der zum Teil mit Ihnen verbundenen drastischen Gefahren für künftige Generationen nicht ignoriert werden. Für uns Freie Demokraten geht es vielmehr auch hier darum, zu einem vernünftigen Ausgleich der unterschiedlichen Interessen zu kommen: Je konkreter und größer die künftige Gefahr, desto entschlossener muss jetzt gehandelt werden. Je abstrakter, ungewisser und kleiner die Gefahr, desto mehr müssen wir ihre konkreten Auswirkungen einschätzen lernen, um dann im entsprechenden Zeitrahmen besonnen zu handeln.

9. Internationale Marktmechanismen des Pariser Abkommens für effizienten Klimaschutz nutzen

Im Pariser Abkommen haben sich die Vertragsstaaten verpflichtet, ihre CO₂-Minderungsziele (NDCs; National Determined Contributions) regelmäßig zu erhöhen. Deutschland hat allerdings kein eigenes Ziel, sondern ist am gemeinsamen NDC der Europäischen Union beteiligt. Die NDCs müssen allerdings nicht zwangsläufig durch Emissionsminderungen innerhalb der eigenen Grenzen erreicht werden, denn Artikel 6 des Abkommens sieht ausdrücklich die Möglichkeit vor, Projekte in anderen Staaten zu

finanzieren und die entsprechenden Treibhausgasreduktionen auf die eigenen Ziele anzurechnen. Eine Doppelanrechnung ist dabei ausgeschlossen. Bislang verzichtet die EU jedoch freiwillig auf die Nutzung dieser Möglichkeit. Da es für das Klima irrelevant ist, an welcher Stelle CO₂ eingespart wird, wollen wir bei höheren Zielen künftig die Möglichkeit eröffnen, diese im Sinne einer ökonomisch effizienten Klimapolitik auch über Maßnahmen nach Artikel 6 des Pariser Abkommens zu erreichen. Der sogenannte Clean Development Mechanism (CDM) bietet die Möglichkeit dort, wo der Euro die höchste Effizienz bietet, Klimaschutz zu betreiben. Deshalb fordern wir Freie Demokraten, diese Möglichkeit, anders als bisher von der EU geplant, über das Jahr 2020 hinaus aufrechtzuerhalten. Punktuelle Verbesserungen, zum Beispiel durch eine bessere Kontrolle der einzelnen Maßnahmen, sind dabei notwendig. Neben der tatsächlichen Klimaschutzwirkung ist dabei verstärkt auch auf die Situation der Menschenrechte vor Ort zu achten. Das gilt insbesondere, wenn diese aufgrund eines konkreten Projekts in Gefahr sind. Außerdem ist zu überlegen, ob künftig noch eine 1:1-Anerkennung der Zertifikate sinnvoll ist. Aufgrund der geringeren Kosten für die CO₂-Vermeidung kann der finanzielle Anreiz für eine solche Investition auch dann noch groß genug sein, wenn nur ein Teil angerechnet wird.

10. Für die Vollendung des europäischen Energiebinnenmarktes

Wir Freie Demokraten wollen die Energiewende zu einem gesamteuropäischen Projekt machen, in dessen Zentrum gleichrangig die Ziele Wirtschaftlichkeit, Versorgungssicherheit, Umweltverträglichkeit und gesellschaftliche Akzeptanz stehen. Dazu muss die Liberalisierung des Energiebinnenmarktes vorangetrieben und der Ausbau der europäischen Energienetz-Infrastruktur verstärkt werden. Regenerativer Strom soll künftig vor allem dort erzeugt werden, wo die Standortverhältnisse den höchsten Wirkungsgrad und die geringsten Kosten bei vergleichbaren Umweltstandards ermöglichen.

Je mehr Windkraft und Photovoltaik ausgebaut werden, umso mehr Strom wird vor allem dann erzeugt, wenn der Wind frisch weht und die Sonne strahlt. Diese Stromspitzen lassen sich durch eine europaweit vernetzte Infrastruktur besser, wenn auch nicht unbegrenzt abfedern, und Zeiten mit wenig Wind und Sonnenschein können durch europaweit vernetzte Stromspeicher besser überbrückt werden, als das in nationalem Rahmen möglich ist.